

Teure „Promillesteige“

Vorstellung des Sanierungsbedarfs an der Gemeindeverbindungsstraße nach Hülben



Kontrollierte, manuelle Felsberäumung des Oberhanges 2022

An teuren Großprojekten mangelt es der Gemeinde derzeit nicht: Neben den Neubaubedarfen im Bereich Kinderbetreuung und Feuerwehr wurde nun der Sanierungsbedarf an der Gemeindeverbindungsstraße nach Hülben untersucht und dem Gemeinderat vorgestellt: Über 18 Mio. Euro wären demnach an Investitionen fällig, um die Straße dauerhaft verkehrssicher zu machen.

Eine Entscheidung, wie man mit dieser großen Zahl umgeht, ist noch nicht gefallen. Zunächst mal wurde die Machbarkeitsstudie des beauftragten Ingenieurbüros REIK im Gremium samt Kostenschätzung vorgestellt. An dieser hatte der ein oder andere bereits zu knabbern und die großen Zahlen müssen erstmal verdaut werden, bevor dann voraussichtlich nach der Sommerpause über die verschiedenen Handlungsoptionen diskutiert und entschieden werden soll. Grundlage der

Untersuchung war, dass auch nach einer Sanierung die Beschränkung der Straße auf Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen aufrecht erhalten bliebe. Demnach müsste an der Straßenbreite nur punktuell nachgebessert werden. Die vorhandenen erdigen Böschungen, die bei Regen immer mehr ausgespült werden, freiliegende Wurzeln und freiliegender Fels im hangseitigen Böschungsbereich sowie kaum vorhandene Bankette und dadurch abrutschende Leitplanken auf der Talseite machen aus Sicht der Experten immense Anstrengungen im Bereich der Hangsicherung erforderlich, um die Straße dauerhaft in einem verkehrssicheren Zustand erhalten zu können. Hangseitig müssten demnach eine Betonleitwand, eine Spritzbegrünung, eine Übernetzung und ein Fangzaun angebracht werden, was sich bereits auf netto knapp 1,7 Mio. Euro summiert. Eine deutlich größere Herausforderung stellt aber die talseitige Böschungssicherung dar, die mit der Herstellung eines standfesten Banketts, einer Schutzplanke und einer rückverankerten Stützwand auf Bohrpfählen stolze 11 Mio. Euro netto kosten würde. Inklusive Baunebenkosten und Steuer kommen die Experten so auf Gesamtkosten von knapp 18,3 Mio. Euro. Bürgermeister Michael Hillert betonte zusätzlich, dass es mit dieser Investition ja nicht getan sei, sondern die etwa 4 Kilometer lange Steige ja auch laufend unterhalten und trotz aller Maßnahmen auch regelmäßig am Oberhang von losen Felsen beräumt sein will. Insbesondere im Winter stellt das eine große Herausforderung für den Bauhof da. „Die „Promillesteige“ ist der einzige Albaufstieg in den Landkreisen Esslingen und Reutlingen, der nicht vom Landkreis bezahlt wird“, ärgerte sich der Bürgermeister. Eine „Aufstufung“ der Straße von einer Gemeindestraße zum Status einer Kreisstraße, sodass auch hier der Landkreis für die Unterhaltung zuständig wäre, hatte man vor Jahren angestrebt. Leider war das Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof nicht von Erfolg gekrönt.

Kurz und bündig

Ausschreibungsbeschluss Hauptradroute „Östliche Sammelstraße“ gefasst

Die Verwaltung informierte das Gremium über den aktuellen Stand des Förderantrages. Attraktive Zuschüsse winken für die Markierung eines Radschutzstreifens in der östlichen Sammelstraße. Eine Vergabe und Durchführung der Arbeiten kann jedoch nicht erfolgen, bevor ein endgültiger Förderbescheid vorliegt. Da dies eventuell in der Sitzungspause des Gemeinderats im Sommer der Fall sein könnte, bat die Verwaltung bereits jetzt um grünes Licht, um unmittelbar handlungsfähig zu sein. So könnten nach der Sommerpause im September die Arbeiten dann im Gemeinderat vergeben werden und anschließend die Umsetzung folgen. Das Gremium betonte nochmals einstimmig seinen politischen Willen, dass Radfahrer auf der Hauptradroute Priorität haben und der Verkehrsraum entsprechend gestaltet werden soll.

Räumlichkeiten für die Betreuung und die Juniorklasse an der Schillerschule

Die stetig steigenden Kinderzahlen im Bereich der Kernzeit- und Ganztagesbetreuung sorgen für einen größer werdenden Raumbedarf. Die Verwaltung unterbreitete daher den Vorschlag, die Räume im Untergeschoss des Gebäudes G1 künftig im Gesamten für die Betreuung zu nutzen. Durch die bisherige Dreifachnutzung durch die Betreuung, die Juniorklasse und den Harmonika-Club konnte man, insbesondere auch von der Raumausstattung, keinem der Nutzer so richtig gerecht werden. Für die Betreuungskinder soll nun ein Ausstattungskonzept erarbeitet werden, sodass diese sich in ihrer Freizeit vor und nach der Schule in einer gemütlicheren Umgebung aufhalten können. Für die Juniorklasse soll ersatzweise der bisher offene Differenzierungsraum im 2. OG des Gebäudes G4 (Neubau) durch Einziehen einer Wand geschlossen werden und zu einem kleinen Klassenzimmer umgebaut werden. So wäre auch gleich eine räumliche Nähe zu den aktuellen Erstklässlern hergestellt und die Juniorklasse gut aufgehoben. Mit dem Dritten Nutzer im Bunde, dem Harmonika-Club, ist die Verwaltung bereits im Gespräch und wird nach Kräften bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten, ob in öffentlichen Gebäuden oder privat, unterstützen. Der Gemeinderat folgte dem Vorschlag einstimmig und lobte, dass nicht nur von Schulträger- und Betreuungsseite her gedacht werde, sondern man sich auch intensiv um eine gute Lösung für den HC bemühe.

Neue Gebühren für Kernzeit- und Ganztagesbetreuung

Nach eingehender Vorberatung im Verwaltungsausschuss war der Gemeinderat schnell mit dem Vorschlag für die neuen Gebühren und die dementsprechende Neufassung der Benutzungsordnung einverstanden. Bereits im Ausschuss hatte man sich auf einen Kostendeckungsgrad von 70% geeinigt, auf den die Gebühren mit sofortiger Wirkung angehoben und auf die nächsten vollen 50 Cent aufgerundet werden sollen. „Es ist und bleibt ein Zuschussbetrieb“, stellte Bürgermeister Michael Hillert fest. Das bedeutet beispielsweise eine neue Gebühr in der Ganztagesbetreuung von 8,00 €/Tag (GT kurz) statt bisher 6,50 €/Tag und in der Kernzeitbetreuung im kleinsten Modul einen Sprung von bisher 28,00 €/Monat auf neu 41,50 €/Monat. Um den stetig steigenden Kosten Rechnung zu tragen wurde sogleich eine weitere maßvolle Erhöhung um 0,50 € zum Schuljahr 2025/2026 fixiert. Erst in drei bis vier Jahren soll dann eine erneute Kalkulation der Gebühren erfolgen. Wichtig war den Gemeinderäten bei all den berechtigten Erhöhungen, dass am Essenspreis in der Mensa nicht gerüttelt wird. Die dort geltenden 4,20 €/Essen decken lediglich die Fremdkosten des Caterers ab, die Gemeinde subventioniert das Essensangebot mit sämtlichen Kosten, die für das Mensagebäude und das Ausgabe- und Reinigungspersonal anfallen. Das soll auch so bleiben, sodass jedes Kind die Möglichkeit hat ein erschwingliches und trotzdem gesundes und warmes Mittagessen zu erhalten.

Haushaltskonsolidierung und Freiwilligkeitsleistungen

Die Verwaltung präsentierte den Sachstand in Sachen Haushaltskonsolidierung und gab dem Gemeinderat damit ein Update, welche Maßnahmen und Empfehlungen seit der Beratung durch Herrn Prof. Leißner aufgegriffen und umgesetzt wurden. In vielen Bereichen hat man bereits die Steigerung der Erträge geprüft oder umgesetzt, so zum Beispiel durch die kürzlich erfolgten Erhöhungen von Grund-, Gewerbe-, Hundesteuer oder Bädereintritte. Außerdem wurden sämtliche Gebühren überprüft und bei Bedarf neu kalkuliert, um deutliche Kostenunterdeckungen auszumerzen. Doch auch die Ausgabenseite muss natürlich kritisch betrachtet werden. Unter anderem wird aktuell einer der größten Posten im Ergebnishaushalt, die Kinderbetreuung, mithilfe externer Unterstützung durchleuchtet und eine Kostentransparenz geschaffen. Um Transparenz ging es auch bei der Zusammenstellung von Freiwilligkeitsleistungen. Hier präsentierte die Verwaltung dem Gemeinderat eine lange Liste mit einem Gesamtvolumen von rund 3 Mio. Euro, die alle Leistungen enthält, zu denen die Gemeinde nicht oder zumindest nicht auf dem Niveau, wie sie aktuell erfüllt werden, verpflichtet ist. Bürgermeister Michael Hillert betonte, dass es einfach wichtig sei zu verdeutlichen, was das alles kostet. Einzelne Bereiche könnten dann bei Bedarf intensiver diskutiert werden, ad hoc sollen daraus aber keine Kürzungen erfolgen.

Personelle Veränderungen im Rathaus

Zu Beginn der Sitzung gab Bürgermeister Michael Hillert bekannt, was auch bereits in der Presse zu lesen war: Kämmerer Daniel Gönninger und Hauptamtsleiter Manuel Höllwarth werden die Gemeindeverwaltung in nächster Zeit verlassen. Für das Hauptamt konnte der Gemeinderat gleich den nahtlosen Übergang sicherstellen und wählte die bisherige Stellvertreterin Stefanie Jedele einstimmig zur neuen Hauptamtsleiterin. Durch die Bank lobten die Fraktionsvorsitzenden die Persönlichkeit und Qualitäten von Frau Jedele und freuten sich über eine ideale Lösung für Dettingen mit der richtigen Frau am richtigen Platz. Damit kehrt sie zum 01.09.2023 auf ihre angestammte Position im Rathaus zurück, die sie bereits von 2012 bis 2015 innehatte.

Vergaberichtlinien für Bauplätze „Vor Buchhalden II“

Der Tagesordnungspunkt musste leider abgesetzt werden und soll in der nächsten Sitzung am 20.07.2023 beraten werden. Am Entwurf der Vergaberichtlinien hatte sich kurzfristig nach einer rechtlichen Überprüfung noch Änderungsbedarf ergeben.

Sondernutzungssatzung

Eine neue Satzung für Dettingen: Bisher gab es keine Sondernutzungssatzung im Ort, sodass die Benutzung einer öffentlichen Straße über den Gemeingebrauch hinaus oft vergleichsweise „günstig“ möglich war und nur eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung genügte. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurden Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen geprüft und unter anderem in jüngerer Vergangenheit einige

Gebühren neu kalkuliert. Ebenso nun neu festgesetzt wurden die Gebühren für sogenannte Sondernutzungen. Diese werden in einem Zuge mit der notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnung beantragt und genehmigt. Extra kosten künftig also Nutzungen der öffentlichen Fläche für zum Beispiel die Lagerung von Baumaterial oder die Aufstellung eines Baukrans auf der Straße. Weiterhin gebührenfrei möglich sind Werbeaufsteller örtlicher Händler oder die Aufstellung von Tischen und Stühlen für eine Außenbewirtung durch örtliche Gastronomen. Dies war dem Verwaltungsausschuss in seiner Vorberatung wichtig, der Gemeinderat folgte dem Vorschlag einstimmig.

Baurechtsbehörde gewinnt Gerichtsprozess um Stellplätze

Bürgermeister Michael Hillert freute sich über ein kürzlich verkündetes Urteil, in dem das Verwaltungsgericht das Vorgehen der Baurechtsbehörde im Streit um illegal angelegte Stellplätze im Gebiet „Untere Lache“ bestätigte und die eingereichte Klage abgewiesen hat.